

Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften 2020

Zwischen

dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V.
als Vertreter der ihm angeschlossenen Landesverbände:

Verband der Zeitschriftenverlage in Bayern e.V.
Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg e.V.
Verband der Zeitschriftenverlage Nord e.V.
Verband der Zeitschriftenverlage in Nordrhein-Westfalen e.V.
Südwestdeutscher Zeitschriftenverlegerverband e.V.

einerseits
und

dem Deutschen Journalisten-Verband e.V.,
der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di

andererseits

wird der folgende Tarifvertrag geschlossen:

Präambel:

Die Tarifvertragsparteien stellen übereinstimmend fest, dass die seit März 2020 zu beobachtenden negativen wirtschaftlichen Entwicklungen durch die Ausbreitung des Corona-Virus auf die deutsche Gesamtwirtschaft auch erhebliche Auswirkungen auf die Zeitschriftenverlage zeigen. Dies kann kurz- oder mittelfristig Arbeitsplätze bei den in den Landesverbänden des VDZ organisierten Verlagen gefährden. Zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und/oder der Reduzierung der an freie Journalistinnen und Journalisten erteilten Aufträge einigen sich die Tarifvertragsparteien auf die nachstehenden tarifvertraglichen Regelungen.

Dies geschieht in der Überzeugung,

dass die Verlage und ihre Beschäftigten als Garanten für die Vielfalt der Presse in Deutschland eine besondere Bedeutung haben und die Verlage als privatwirtschaftliche Arbeitgeber die Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Beschäftigung und Unterstützung von freien Journalistinnen und Journalisten tragen;

dass in dieser Pandemie die Bewältigung von tatsächlichen negativen wirtschaftlichen Folgen aber auch die gestiegenen publizistischen Aufgaben Beiträge aller Beteiligten erfordern können und ein besonderes Augenmerk auf eine gerechte Verteilung der Lasten und die Vermeidung von Überforderung einzelner Beschäftigten- oder Berufsträgergruppen gelegt werden sollte; und

dass insbesondere Vereinbarungen zur Kurzarbeit bei betrieblichen Vereinbarungen aufgrund dieses Tarifvertrags berücksichtigt werden sowie vom Gedanken der über den Verlauf des Pandemie-Zeitraums innerhalb eines Verlages fair aufeinander abgestimmten wirtschaftlichen Belastungen für die Beschäftigten und deren unterschiedliche sozialen Situationen getragen werden.

§ 1. Öffnungsklausel zu Beschäftigungssicherungs-Vereinbarungen

1. Beschäftigungssicherung

Zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen und zur Sicherung der Beschäftigung kann nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen von den Regelungen des Manteltarifvertrages für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften abgewichen werden.

1.1. Gegenstände der Vereinbarung können jeweils einmalige Abweichungen vom Manteltarifvertrag sein:

- Kürzung der tariflichen Jahresleistung, § 4 Ziff. 1
- Eine befristete Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei entsprechender Gehaltsreduzierung, § 9 Ziff. 1, § 3 Ziff. 1,
- Kürzung des Urlaubsgeldes, § 10 Ziff. 7, Abs. 1

Die Tarifparteien empfehlen, tarifliche und übertarifliche Vergütungsbestandteile dabei unterschiedslos zu behandeln, soweit darüber Einvernehmen mit den betroffenen Redakteurinnen und Redakteuren hergestellt werden kann.

1.2. In einer solchen Vereinbarung ist während der Laufzeit und zwölf Monate darüber hinaus der Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen gegenüber Redakteurinnen und Redakteuren im erfassten Verlag oder Verlagsbereich auszuschließen.

1.3. Sollten die in einer Vereinbarung über die unter 1.1. genannten Abweichungen und der damit verbundene Ausgleich von wirtschaftlichen Belastungen für den Verlag in der Laufzeit der Vereinbarung nicht ausreichend sein, um die sich tatsächlich ergebenden wirtschaftlichen Belastungen auszugleichen oder sollte zur Vermeidung der Insolvenz des Verlages während der Laufzeit und bis zu zwölf Monate nach Auslaufen der Vereinbarung eine betriebsbedingte Beendigung eines Arbeitsverhältnisses unvermeidlich sein, ist der/die jeweils davon betroffene Redakteur/ Redakteurin so zu stellen, als ob sein/ihr Einkommen für den maßgeblichen Berechnungszeitraum nicht gekürzt worden wäre.

1.4. Volontärinnen und Volontäre sind von diesen Regelungen ausgenommen.

2. Nachweis der Wirtschaftssituation

- 2.1. Von der Möglichkeit, eine abweichende Vereinbarung zu treffen, können Verlage Gebrauch machen, deren Brutto-Anzeigen- und/oder Vertriebsumsätze über den Zeitraum von mindestens sechs Monaten rückläufig sind und die Prognose eine länger andauernde negative Entwicklung erwarten lässt. Der Verlag muss nachweisen, dass die Wirtschaftssituation nachhaltig derart beeinträchtigt ist, dass der Fortbestand von Arbeitsplätzen gefährdet ist.
- 2.2. Der Nachweis muss auf einen Verlag oder kann auf eine Titelgruppe oder ein Zeitschriftensegment eines Verlages entsprechend den IVW-Rubriken bezogen sein. Wenn ein Verlag nur einen Titel einer Rubrik aufweist, kann der Nachweis auf den einzelnen Titel beschränkt werden. Der Nachweis muss auf Verlangen durch ein Testat eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters erfolgen.
- 2.3. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrates sind einzuhalten.

3. Verhandlungsverfahren und Laufzeit der Vereinbarung

- 3.1. Die Vereinbarung ist auf betrieblicher Ebene als freiwillige Betriebsvereinbarung zu verhandeln. Über die Aufnahme von Verhandlungen sind die Tarifparteien zu informieren und über deren Beteiligung ein Einvernehmen herzustellen. Die Tarifvertragsparteien sind sich einig, dass ihre Beteiligung auch an den Verhandlungen dazu beitragen kann, die Akzeptanz von Maßnahmen in den Belegschaften zu erhöhen. Für Vereinbarungen gilt ein Einspruchsvorbehalt jeder Tarifpartei, der innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Vereinbarung geltend gemacht werden muss.
- 3.2. Die Vereinbarung ist für die Dauer von längstens zwölf Monaten möglich und endet spätestens am 31. Dezember 2021.
- 3.3. Der Text des Manteltarifvertrages für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften bleibt unverändert.

§ 2. Empfehlung zur betrieblichen Altersversorgung und Beiträge zum Presseversorgungswerk

Die Tarifparteien empfehlen den Verlagen sowie Redakteurinnen und Redakteuren, dass auch während Phasen der Kurzarbeit im Verlauf des Jahres 2020 Altersversorgungsbeiträge in die Presseversorgung ungekürzt entrichtet werden, so als ob keine Kurzarbeit eingeführt worden wäre.

Mit dieser Empfehlung wollen die Tarifparteien die Altersabsicherung der Redakteurinnen und Redakteure stabilisieren und die sehr komplexe Berechnung der Beitragsentrichtung in den Verlagen erleichtern, die Kurzarbeit vereinbaren.

